

Bote von der Wbbbs

Erscheint jeden Freitag 3 Uhr nachmittags

<p>Bezugspreis mit Postverendung:</p> <p>Ganzjährig S 14.60</p> <p>Halbjährig „ 7.30</p> <p>Vierteljährig „ 3.75</p> <p>Bezugsgebühren und Einschaltungsgebühren sind im voraus und portofrei zu entrichten.</p>	<p>Schriftleitung und Verwaltung: Obere Stadt Nr. 33. — Unfrankierte Briefe werden nicht angenommen, Handschriften nicht zurückerstattet.</p> <p>Ankündigungen (Inserate) werden das erste Mal mit 10 Groschen für die 5 spaltige Millimeterzeile oder deren Raum berechnet. Bei Wiederholungen Nachlaß. Mindestgebühr 1 Schilling. Die Annahme erfolgt in der Verwaltung und bei allen Anzeigen-Vermittlungen.</p> <p>Schluß des Blattes: Donnerstag, 4 Uhr nachmittags.</p>	<p>Preise bei Abholung:</p> <p>Ganzjährig S 14.—</p> <p>Halbjährig „ 7.—</p> <p>Vierteljährig „ 3.60</p> <p>Einzelpreis 30 Groschen.</p>
---	---	---

Folge 4 Waidhofen a. d. Wbbbs, Freitag den 26. Jänner 1934 49. Jahrgang

Politische Uebersicht.

Deutschösterreich.

Während der gegenwärtigen Session des Völkerbundesrates hatte der Vertreter Österreichs in Genf, Gesandter Pflügl, Gelegenheit, sich mit Baron Aloisi, Sir John Simon, Paul-Boncour und dem Präsidenten des Völkerbundes, Minister Bed, sowie mit dem Generalsekretär des Völkerbundes Avenol zu besprechen, um ihnen von dem Schritt des österreichischen Gesandten in Berlin vom 18. ds. bei der Reichsregierung Kenntnis zu geben. Der österreichische Gesandte in Berlin teilte dem Reichsaußenminister von Neurath bei gleichzeitiger Übergabe einer Notiz mit, daß Deutschland um die Versicherung ersucht werde, jede Einmischung in die österreichischen internen Verhältnisse fortan zu unterlassen. Falls Deutschland nicht auf diese Forderungen eingehen könne, behalte sich die österreichische Regierung vor, die Angelegenheit vor den Völkerbundrat zu bringen. Die deutsche Antwort auf diesen Schritt ist noch nicht erfolgt. Bis jetzt sind daher von Österreich noch keine Schritte beim Völkerbund unternommen worden. Gesandter Pflügl hatte am Montag eine Unterredung mit dem Generalsekretär Avenol über die zu verfolgende Prozedur für den Fall, daß Österreich an den Völkerbund gehen würde. Es scheint, daß die im Artikel 11 des Völkerbundespaktes vorgesehene Prozedur in Betracht kommen würde. Ferner steht fest, daß der Völkerbundrat, wenn Österreich die Angelegenheit vor den Völkerbund bringt, eine außerordentliche Session einberufen würde.

Im niederösterreichischen Landtag wird derzeit in Sitzungen des Finanzausschusses der Entwurf eines Gesetzes für die Sanierung der niederösterreichischen Gemeinden beraten. Der Entwurf sieht eine weitgehende Ermächtigung an die Gemeindevertretungen vor. Nach dieser Ermächtigung sind die Gemeindevertretungen in der Lage, sofort die Gehälter ihrer Angestellten nach dem Bundesschema neu reihen zu dürfen und die Höhe der Gehälter in den gleichen Angestelltenkategorien auf das Niveau der Bundesangestellten herabzusetzen. Ebenso sollen die Kollektivverträge nicht nurristlos gekündigt, sondern auch die Arbeitslöhne entsprechend den jetzigen Lohnverhältnissen herabgesetzt werden dürfen. Im Falle von Beamtenüberschuß sollen die Gemeinden berechtigt sein, die überflüssigen Beamten entlassen zu dürfen. Insgesamt erhofft die Landesregierung aus diesen Sparmaßnahmen Kürzungen der Personallasten der einzelnen Gemeindevertretungen in der Höhe von 15 Prozent zu erzielen.

Im Rahmen des vom Wiener Kaufmännischen Verein veranstalteten Vortragszyklus „Der österreichische Wiederaufbau in Wirtschaft und Verfassung“ sprach Generalkommissar Dr. Loebell über den Staändestaat und die in Ausarbeitung begriffene neue Verfassung. Der Vortragende ging von der Erklärung aus, die Bundeskanzler Dr. Dollfuß am 6. Mai vor dem Salzburger Parteitag der Christlichsozialen abgegeben hat: „Diese Parteien werden nicht wiederkehren. Unter Führung verantwortungsbewußter, zu Opfern bereiter Männer werden wir den Neubau des Staates auf ständischer Grundlage durchführen, die neu zu schaffende Wirtschaftskammer wird in allen Fragen der wirtschaftlichen Gesetzgebung Vorrrechte besitzen.“ Dr. Loebell skizzierte die bisher ausgearbeiteten Entwürfe zur Verfassungsreform, die zum Teil noch den Nationalrat neben dem Länder- und Ständerat bestehen lassen wollen oder den einzelnen Kammern verschiedene gesetzgeberische Aufgaben zuteilen. Nach dem neuesten Entwurf scheint es sicher zu sein, daß der Nationalrat, das auf Grund eines Wahlrechtes unmittelbar gewählte Volkshaus, aus der Verfassung ausscheidet. Diese soll ganz auf ständischer Grundlage aufgebaut werden. Die sachlich unmögliche Teilung der Gesetzgebung in einen Nationalrat und einen Ständerat ist damit fallengelassen worden. Vier Kammern sollen für die Volksvertretung vorgeesehen sein: ein Länderrat, bestehend aus den Landeshauptmännern und den Finanzreferenten der Länder, die Wirtschaftskammer, bestehend aus den Vertretern der Berufsstände, aufgebaut auf die ständeweise Vereinigung von Unternehmern und Angestellten, die Kulturkammer und der aus fünfzig vom Bundespräsidenten ernannten Mitgliedern bestehende Staatsrat. Der Vorgang bei der Gesetzgebung wäre derart, daß eingebrachte Gesetzentwürfe zunächst von einer der Kammern zu beraten wären, die da-

mit die Aufgaben der bisherigen Parlamentsausschüsse übernimmt. Der Entwurf wird sodann von der Regierung umgearbeitet und im Vereinigten Ständehaus beraten und beschlossen. Es würden also bei der Beschlußfassung in allen Fällen sowohl die Wirtschaftskreise, die Ländervertreter und die freien Berufe zu Worte kommen.

Wie verlautet, beabsichtigen die Bundesbahnen, aus dem außerordentlichen Budget für Post und Bahn vorgesehenen 45.9 Millionen Schilling die erste Rate pro 1934 von 4 Millionen für die Elektrifizierung der Südrampe der Tauernbahn zu decken und im Jahre 1935 für den gleichen Zweck 3½ Millionen zu verwenden. Wenn die Entscheidung über diese Beträge in der nächsten Zeit fällt, kann der öffentliche elektrische Betrieb der Strecke Mallniz-Spital-Müllstätter See am 15. Mai 1935 aufgenommen werden. Die längere Bauzeit erklärt sich daraus, daß in Mallniz ein Unterwerk errichtet werden muß und daß anderseits Triebfahrzeuge bestellt werden müssen, die eine längere Lieferzeit erfordern.

Wie aus Prag gemeldet wird, trifft der österr. Finanzminister Dr. Buresch Samstag abends in Prag ein. Anlässlich seines Besuches findet eine eingehende Aussprache zwischen ihm und dem Außenminister Dr. Benesch über politische und wirtschaftliche Fragen statt. Auch ein Besuch beim Präsidenten der Republik steht auf dem Programm. Der Besuch Dr. Buresch in Prag steht zweifellos in einem inneren politischen Zusammenhang mit der Staatsvisite des italienischen Außenministers in Wien. Buresch, der letzte Vertreter des „alten Systems“ in der jetzigen Bundesregierung, dürfte besondere Eignung dafür besitzen, das „demokratische“ Prag mit dem Eindruck zu versehen, den das faschistische Rom in Wien hinterlassen hat.

Deutsches Reich.

Der Reichstag ist für Dienstag den 30. Jänner mit der Tagesordnung „Entgegennahme einer Erklärung der Regierung“ zusammenberufen worden. Die Tagung wird wieder im Kroll-Opernhaus stattfinden. Der Zweck der Regierungserklärung ist unschwer zu erraten. Der 30. Jänner ist der erste Geburtstag des nationalsozialistischen Deutschland. Diese Gelegenheit soll nicht vorübergehen, ohne daß der Führer der Regierung einen Überblick über die in diesem Jahre geleistete Arbeit gibt, dann aber auch ein Programm entwirft für die nächste Zeit. Da inzwischen die außenpolitische Lage mancherlei Wandlungen erfahren hat, ist wohl zu erwarten, daß auf den außenpolitischen Erklärungen des Kanzlers besonderes Gewicht liegen wird.

In einem Aufruf, den alle Zeitungen wiedergeben, gibt Dr. Goebbels bekannt, daß das Winterhilfswerk für die von ihm betreuten Volksgenossen zusätzlich zu seinen sonstigen Leistungen an diesem Tage 15 Millionen Lebensmittelgutscheine im Werte von je einer Reichsmark verausgibt. Der Bedürftige erhält für sich und für jedes zu seinem Haushalt gehörende bedürftige Familienmitglied nach Maßgabe obiger Menge je einen Lebensmittelgutschein. Aus eigenen Mitteln des Winterhilfswerkes gelangen außerdem zusätzlich zu der regelmäßigen Zuteilung zur Ausgabe: 6.5 Millionen Gutscheine über je einen Zentner Steinkohlen- oder Braunkohlenbriketts. Davon erhält der Bedürftige mit einem eigenen Haushalt oder eigenem Mietzimmer je einen Gutschein. Goebbels betont, daß die Regierung durch diese Geste ihre Solidarität mit den notleidenden Schichten der Nation bekunden wolle.

Auf einer von der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei und der Bezirksgruppe Kottbus des Stahlhelms veranstalteten Reichsgründungsfeier sprach Vizefanzler von Papen. Er führte unter anderem aus: Wir wollen uns über die Schwierigkeit unserer Lage nicht im Zweifel sein. Nur ein völlig wahrheitsgetreues Bild unserer Lage wird den Einsatz aller Energien ermöglichen. Wir wollen nicht müde werden, es der Welt immer wieder von neuem zu sagen, daß das deutsche Volk keine imperialistische Politik verfolgt, sondern daß es ausschließlich wünscht, einen ehrenvollen Platz in der Reihe der großen Nationen einzunehmen. Der Kanzler hat es oft und wiederholt ausgesprochen, daß die kulturelle Mission des deutschen Volkes nur eine friedliche sein kann. Die von ihm gekennzeichnete Politik ist nicht die Politik eines

dem parlamentarischen Wechsel und Zufall anheimgegebenen Kabinetts, sondern die Politik eines Volkes, für die es, vor aller Welt sichtbar, am 12. November stimmte. Wir wünschen das Dritte Reich der Deutschen zu einem Caranten des europäischen Friedens zu machen, weil wir wissen, daß die ungeheuren sozialen Spannungen, die auf allen Ländern lasten, nur in friedlicher Aufbaubarbeit überwunden werden können. Ein neuer Krieg wäre der Zusammenbruch aller abendländischen Kultur! Wir wollen am Ende dieses ersten Jahres eine Bilanz des Begonnenen und des schon Erreichten suchen und diese Bilanz den anderen Völkern vorlegen, damit sie daraus sich ihr Urteil formen können. Wir wünschen, daß auf Grund dieser Bilanz die Umwelt sich ein Urteil darüber bildet, ob man Deutschland als geistigen und wirtschaftlichen Faktor des Weltgeschehens übersehen oder ausschalten kann. Wir sind der Überzeugung, daß beides unmöglich ist, daß die Kulturwelt unserer Mitarbeit im gleichen Maße wie bisher bedarf.

Der deutsche Reichsaußenminister v. Neurath empfing den französischen Botschafter Francois-Poncet und übergab ihm die deutsche Antwort auf das von dem französischen Botschafter am 1. Jänner überreichte Aide-Memoire in der Abrüstungsfrage. Der Reichsminister erläuterte dem Botschafter den Inhalt des Schriftstückes. Ebenso empfing Freiherr v. Neurath den englischen Botschafter Sir Eric Phipps und übergab ihm die Antwort auf das Memorandum, das dieser im Auftrage der englischen Regierung dem Reichskanzler am 29. Dezember vorigen Jahres überreicht hatte. Bei der deutschen Antwort auf das französische Aide-Memoire handelt es sich um ein ziemlich umfangreiches Dokument, das in einem außerordentlich entgegenkommenden Tone abgefaßt ist. In dem Schriftstück tritt die Tendenz hervor, die Deutschland immer verkraften hat, nämlich eine Verstärkung und Fortsetzung der Aussprache zwischen Frankreich und Deutschland. Eine Veröffentlichung des Dokumentes ist nicht beabsichtigt. Die deutsche Antwort wird derzeit von der französischen Regierung studiert. Alle Nachrichten über ihren Inhalt sind nur Mutmaßungen.

Die Reichsleitung des Deutschen Arbeitsdienstes teilt mit, daß sie die Aufnahme in den Arbeitsdienst wegen Überfüllung bis zum 25. Februar sperren mußte. Das etatsmäßig zur Verfügung stehende Kontingent von 250.000 Freiwilligenstellen ist erschöpft. In den letzten Tagen mußten bereits 1600 Aufnahmegeruche von Jugendlichen, die sich zum Freiwilligen Arbeitsdienst gemeldet hatten, abgelehnt werden. Es wird als wünschenswert bezeichnet, daß man die Kontingente erhöht, um allen Jugendlichen, die sich melden, Gelegenheit zur Dienstleistung und zur Erwerbung des bereits sehr begehrten Arbeitspases zu geben.

Ungarn.

Auf eine Interpellation des deutschfeindlichen Abgeordneten im ungarischen Parlament Markgrafen Pallavicini, der gegen die Außenpolitik der Regierung polemisierte und namentlich auch den deutschfreundlichen Kurs des Regimes Gömbös bemängelte, erwiderte Gömbös, daß er es ablehne, in außenpolitischen Fragen die gleiche Nervosität wie der Redner zu bekunden. Ungarn sei ein kleiner Staat und es könne in ihm von einer durchgreifenden Außenpolitik keine Rede sein. Ungarn habe aus diesem Grunde eine Politik der freien Hand zu befolgen. Es läge ihm, Gömbös, fern, seine freundschaftlichen Beziehungen zu Deutschland und Italien zu leugnen. Er setze auch weiterhin seine Politik fort, zwischen Deutschland und Ungarn eine freundschaftliche politische Atmosphäre aufrecht zu erhalten. Mit der seinerzeitigen Reise nach Berlin habe er durchaus recht gehandelt. Er habe bereits damals erkannt und ausgesprochen, daß sich das Hitler-Regime stabilisieren werde. Das erkenne heute die ganze Welt an. Es wäre politisch einfach nicht zulässig, mit einem Siebzigmillionenvolk nicht die besten Beziehungen zu unterhalten. Andererseits habe die Reise des ungarischen Außenministers Kanya nach Paris auch die guten Beziehungen zu Frankreich gefördert. Wenn Pallavicini aber andererseits auch gute Beziehungen zu Österreich fordere, so sei diese Rede ein Schlag ins Wasser, weil zwischen Ungarn und Österreich bereits die allerbesten Beziehungen beständen. Pallavicinis Rede könnte aber auch direkt schädlich für die ungarischen Interessen wirken, weil

